

Grünes Friedenspapier

Bereits im Januar stimmten "Déi Gréng" einhellig über ihr Konzept für eine Luxemburger Friedenspolitik ab. Der endgültige Text, der sich als "Alternative zum Dogma des 'tout militaire' versteht, steht nun als Broschüre interessierten LeserInnen zur Verfügung (Tel. 463740-1) oder kann auf der Homepage der Partei eingesehen werden (www.greng.lu).

Die Grünen sprechen sich gegen das von Verteidigungsminister Goerens vorgelegte Konzept eines Zivilkorps, aber auch gegen die Anschaffung eines Transportflugzeugs und -schiffes aus. Stattdessen fordern die Grünen eine Studie, um, ähnlich wie in Schweden und Kanada, die Möglichkeiten Luxemburgs auf dem Gebiet der Prävention und der nichtmilitärischen Konfliktbewältigung auszuloten. Ziel ist ein Plan "Prévention 2010" der bis zum Jahre der theoretischen Verfügbarkeit des Airbus-Transportfliegers die Ergebnisse der Studie unter Einbeziehung sämtlicher Ministerien und der NGO umsetzen soll. Anstelle einer Aufrüstung von NATO und EU fordern die Grünen eine Stärkung von UNO und OSZE. Die Einbindung Luxemburgs in die rein militärischen Optionen der EU wird abgelehnt, stattdessen soll die Luxemburger Armee im Rahmen nicht-militärischer Friedensdienste (Rüstungskontrolle, Minenräumung, ...) zum Einsatz kommen. Schließlich soll die Verfassung so abgeändert werden, dass Kriegseinsätze der Armee nur noch im Verteidigungsfall und nach Zustimmung des Parlaments möglich sind.

Stop à la répression au Myanmar

Le Myanmar est sous domination militaire depuis plus de trois décennies. En avril 1988, des mouvements populaires pacifiques, conduits par des étudiants et des moines bouddhistes, ont demandé que soit mis fin à 26 ans de dictature militaire. Ces manifestations ont été sévèrement réprimées et des milliers de personnes ont été tuées ou emprisonnées. Ayant repris le pouvoir, les militaires ont, parallèlement, instauré une loi martiale imposant des restrictions drastiques aux libertés d'expression et d'association. Pour la première fois de son histoire, Amnesty International édite une liste détaillant la situation de plus de 400 de ces prisonniers politiques. En tout, 1.850 prisonniers politiques seraient toujours derrière les barreaux dans une vingtaine de centres de détention répartis sur tout le territoire du Myanmar. Amnesty demande aux autorités de relâcher immédiatement et sans conditions toutes les personnes retenues pour avoir exercé pacifiquement leurs droits à la liberté d'association et d'expression.

En marche pour la manif

Le 1er mai n'est pas journée à rester au lit ou à cueillir des muguets: damné-e-s de la terre, mettez vos bonnets et vos moufles, il faut manifester. Cette année Casteg' et consorts vont se donner rendez-vous à Grevenmacher pour lutter "contre la précarité et l'exclusion sociale" et "pour une répartition équitable de la richesse produite". Nouveauté: c'est une manifestation interrégionale qui se tiendra lors de la journée du 1er mai. A côté du OGB-L, de la FNCTTFEL (qui oublieront pour un jour leurs querelles autour de l'ACAL) et de la FLTL, ce sont le "DGB Rheinland-Pfalz", le "DGB-Saar", la "CFDT-Lorraine", l'"UNSA-Lorraine", la "CFTC-Lorraine" (chrétienne!), la "CGT-Lorraine" et l'"FO-Lorraine" qui signent comme co-organisateurs. Bonne idée de renforcer ainsi les liens transfrontaliers par rapport au monde du travail fonctionnant de plus en plus dans un contexte de "Grande Région"... et puis, les rangs se rempliront plus facilement!

La manif débutera à 10h30 à Grevenmacher et se terminera par un rassemblement avec une intervention de Jean-Claude Reding.

PFLEGE- UND SOZIALSEKTOR

Auf in die nächste Runde

Am Dienstag traf sich die Tariffkommission der Kollektivverträge im Pflege- und Sozialbereich. Steht jetzt ein Sozialkampf bevor?

(ergué) - Zwischen dem 28. März und dem 5. April fanden in zahlreichen Ortschaften des Landes Personalbefragungen im Pflege- und Sozialsektor statt. Es ging darum, den zuständigen Gremien der Vertragsgewerkschaften OGB-L und LCGB "Aufschluss über den weiteren Fortgang des entbrannten Kollektivvertragstreits" zu geben.

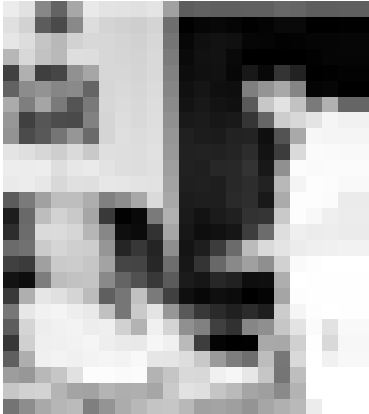
Ende Januar dieses Jahres waren die Kollektivvertragsverhandlungen im Pflege- und Sozialbereich gescheitert, weil die Patronatsverbände ein aus der Sicht der Gewerkschaften nicht akzeptables "letztes Angebot" unterbreitet hatten, das einem wesentlichen Grundprinzip, nämlich eine dem öffentlichen Dienst angegliche Behandlung des Personals, zuwiderlief.

Es geht bei dem Streit nicht nur um rein materielle Fragen: Die Gewerkschaften fordern ein Mitgestaltungsrecht hinsichtlich der Arbeitsorganisation im gesamten Sektor, der sich ohnehin durch einen hohen Grad an Autonomie der meisten dort Beschäftigten auszeichnet.

Exemplarisch dürfte die Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung sein. Das Wachstum der vorhandenen Lohnsumme könnte ohne Weiteres ein Absenken der Normarbeitszeit auf

38 Stunden bei vollem Lohnausgleich ermöglichen. Die Arbeitgeber wollen diesen Weg nicht beschreiten, da er in vielen Fällen die Schaffung neuer Planstellen bewirken würde. Die Finanzierung dieser neuen Posten hängt aber weitgehend vom Staat ab und, was sich als erschwerend auswirkt, gleich von einer ganzen Reihe unterschiedlicher Ministerien.

Die Gewerkschaften werfen den Patronatsvertretern vor, nicht energisch genug gegenüber dem "heimlichen Patron", dem Staat, vorzugehen. Deshalb sei die für 2001 ausgehandelte "enveloppe budgétaire" nicht ausreichend, um die Prinzipien des seit 1998 geltenden Kollektivvertrags einzuhalten. Ein Problem stellt dabei der rückwirkend zu zahlende Lohnausgleich für die Jahre 1999 und 2000 dar: Weil die Kollektivvertragsdauer mehrjährig angelegt ist, werden die beim Staat anfallenden jährlichen Anpassungen erst mit Verspätung in den jeweils neuen Kollektivvertrag aufgenommen. Wenn dann, wie dies für 1999 und 2000 der Fall ist, der Staat sich weigert, für die rückwirkenden Zahlungen aufzukommen, reicht die Lohnsumme nicht mehr aus um eine volle Angleichung an den öffentlichen



TANKTOURISMUS

Wer soll angezapft werden?

Die Regierung will sie auf jeden Fall: die Großtankstelle an der Saarautobahn. Die auserkorene Gemeinde Bürmeringen sagt weiterhin: Nein. Ob sie noch eine Chance hat, dies durchzusetzen, ist ungewiss.

(dw) - "Wa mer et net bei de Preisen huelen, huele mer et bei eech." Mit Steuergeldern wollte Robert Goebbels vor drei Jahren die TankstellengegnerInnen an der Mosel überzeugen. Der Bauminister war in den Mondorfer Festsaal gekommen, um den aufgebrachten ZuhörerInnen die Notwendigkeit einer Großtankstelle an der geplanten Saarautobahn zu erläutern. Die Gemeinde Bürmeringen, wo laut Regierung das zehn Hektar große Projekt im "Hittinger Bësch" gebaut werden soll, könne durch die zusätzlichen Steuereinnahmen aus dem Tankstellenbetrieb großen Nutzen ziehen.

Die auserwählte Kommune will dieses Extra-Geld jedoch gar nicht. "Daran hat sich bis heute nichts geändert", betont Bürgermeister André Vandendries gegenüber der WOXX. "Wir finden es seltsam, dass hier anscheinend von vornherein nur ein Standort in Frage kommt." In der Presse konnte Vandendries am 10. Februar erfahren, dass die Regierung sich in der Tat für den "Hittinger Bësch" entschieden hatte. Zwei Wochen räumte man den Gemeinden ein, um Alternativvorschläge einzureichen. Das Ultimatum lief ab, Bürmeringen und Mondorf teilten in Presseerklärungen mit, dass sie an ihrer Kritik am Standort Hittingen festhielten: Die geplante Tankstelle liege zu nah an der Ort-

schaft, Lärm und Umweltbelastung würden durch die ungünstige Windrichtung und die Lage auf einer Anhöhe begünstigt. "Wir haben seitdem nichts mehr von den Ministerien gehört", fügt Vandendries hinzu.

Erst planen, dann prüfen

Die Opposition der kleinen Kommune scheint dennoch etwas bewirkt zu haben. Immerhin kam dadurch die Straßenbauverwaltung überhaupt erst auf die Idee, eine "étude comparative" in Auftrag zu geben, bei der nun zwei Standorte in Bürmeringen miteinander verglichen werden. "Hier wird geprüft, welche Auswirkungen die Tankstelle auf die Umwelt haben wird", sagt René Biwer von "Ponts et Chaussées". Das Ergebnis wird Ende des Monats erwartet. "Dann werden wir die Gemeinde über die Ergebnisse informieren", verspricht Biwer.

"Durch diese Tankstelle werden neue Kunden angezogen", davon ist Henri Kox von "Déi Gréng-Osten" überzeugt. Er hat deshalb am Donnerstag die Presse nach Bürmeringen eingeladen, um "die Luftblasen der Regierung platzen zu lassen". Das Argument, die Tankstellen in den Ortschaften würden durch das neue Projekt an der Saarautobahn entlastet, will Kox nicht gelten lassen. Er weist auf weitere Pläne hin: Die Gemeinde Re-

Dienst zu erreichen. Dennoch weigern sich die Arbeitgeber die Vertragsdauer auf ein Jahr zu verkürzen.

Schätzungsweise 5.000 Personen sind als ArbeiterInnen oder Angestellte von den Verhandlungen betroffen. Vor zehn Jahren, als der Sektor zu boomen anfang, waren Militanz und Organisationsgrad wohl um einiges stärker, allerdings herrschten damals andere Voraussetzungen - das Prinzip eines allgemein geltenden Kollektivvertrags bestand noch nicht - ganz anders.

Deshalb war es wichtig, möglichst viele Betroffene über dezentrale Informationsversammlungen zu erreichen. Die Rechnung scheint insofern aufgegangen zu sein, als die Beteiligung recht stark war. Doch es bedarf sicherlich einer noch stärkeren Mobilisierung, wenn es darum geht, gegenüber dem Patronat (und dem Staat) eine gewisse Stärke zu zeigen. Die Gewerkschaftsmitglieder haben ihrer Führung mit über 97 Prozent Zustimmung zur bisherigen Verhandlungsposition jedenfalls einen entsprechenden Auftrag erteilt. Die Tariffkommission, die am vergangenen Dienstag tagte, hat ihre Beratungen noch nicht ganz abgeschlossen. Auch wenn der Weg zur Schlichtung wohl unausweichlich scheint, stehen wohl noch einmal Verhandlungen mit dem Patronat an: Der OGB-L hat eine entsprechende Einladung an die Adresse des Patronats bereits abgeschickt.

merschen hat in der "Schengener Wiss" dem Ölmulti Esso Baugrund verpachtet. In Remich, wo Kox im Gemeinderat sitzt, liege ebenfalls ein Antrag für eine neue Tankstelle vor. "Das wäre Nummer 10", so Henri Kox. Dennoch wollen die Gemeindeverantwortlichen sich nicht gegen das Projekt stellen.

"Wir wollten noch nie eine Tankstelle haben", sagt hingegen der Bürmeringer Bürgermeister. Er weiß jedoch: Die Chancen, erfolgreich gegen das Regierungsvorhaben vorzugehen, sind gering.

Eins steht fest: Der Kampf, für den Robert Goebbels seinerzeit in die kommunale Arena stieg, lohnt sich. An einem Liter bleifreien '95 Oktan-Benzin erhebt der Staat immerhin Akzisen in Höhe von 15,01 LUF - dazu kommen 12 Prozent Mehrwertsteuer. Ein Liter Diesel bringt 10,15 LUF plus 15 Prozent Mehrwertsteuer. Laut "Administration des Douanes et Accises" wurden im Jahr 2000 an Luxemburgs Tankstellen immerhin über 750 Millionen Liter Benzin und über eine Milliarde Liter Diesel gezapft. Das waren jeweils gut 50 Millionen Liter mehr als im Vorjahr. Kassiert wurden demnach im vergangenen Jahr Steuergelder von über 26 Milliarden LUF. Ein Projekt à la Saarautobahn-Tankstelle könnte diese Einnahmequelle höchstwahrscheinlich noch vergrößern. An den Säulen der Autobahn-Tankstelle "Aire de Berchem" werden pro Jahr immerhin mehr als 100 Millionen Liter Treibstoff gezapft.

